

NIEDERSCHRIFT

über die 35. Sitzung des Rates

vom:	05.02.2003
von:	16:00 Uhr
bis:	19:30 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Boller, Joachim
Stv Daus, Anny
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe
Stv Flohren, Angelika
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich - bis 19.10 Uhr w. TOP 4 nöt
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Klöpperpieper, Rolf
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Krombach, Ulrich
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Mues, Steffen
Stv Müller, Heinz

Stv Müller, Manfred
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga - ab 17.37 Uhr, TOP 4.3
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Strunk, Christine
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Vom Personalrat:

StAl Müller

III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Kühn
Städt. VD Lehmann
Städt. VD Bonstein
Städt. VR Dorsch
VA Schneider
StAR Rosenthal
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Al-Omary, Falk
Stv Dittert, Katrin
Stv Gierlich, Michael

Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Jacob, Martin
Stv Mues, Gunter
Stv Nauck, Gerda
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Walter, Klaus-Volker

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 4.4, 10.1 und 10.2 erweitert.

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Heupel bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift

Herr Morgenschweis merkt an, dass er der Erhöhung der Grundsteuer B (TOP 10) nicht zugestimmt hat.

Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass dieser Punkt nur zur Kenntnis genommen und nicht abgestimmt wurde.

Die Niederschrift wird bei Stimmenhaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

3.1. Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages Apollo-Theater

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.01.2003

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

zu Frage 1: Wann wird der Kooperationsvertrag tatsächlich vorgelegt?

Es ist beabsichtigt, den Entwurf des Kooperationsvertrages dann vorzulegen, wenn alle Details sowohl intern als auch mit dem künftigen Vertragspartner abgestimmt sind.

Wann dies genau sein wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht endgültig erklärt werden, unter Vorbehalt im ersten Halbjahr 2003.

zu Frage 2: Was sind die Gründe für die Verzögerung?

Antwort:

Der Kooperationsvertrag regelt umfassend und detailliert die künftige auf Dauer angelegte Zusammenarbeit zwischen der Stadt Siegen und dem Trägerverein „Apollo Theater Siegen e. V.“. Daraus resultiert erheblicher Abstimmungsbedarf sowohl innerhalb der Verwaltung wie auch mit dem künftigen Betreiber des Apollo-Theaters.

3.2. Realisierung des IKEA-Projektes

Anfrage der UWG-Fraktion vom 01.02.2003

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage 1: Seit wann liegt das in Auftrag gegebene Gutachten zur Einzelhandelsverträglichkeit einer möglichen Ansiedlung eines IKEA-Einrichtungshauses auf dem Heidenberg vor?

Antwort:

Bisher liegt lediglich ein Arbeitsentwurf der Verträglichkeitsstudie vor. Insbesondere auf Bitten der Bezirksregierung Arnsberg sind Nacharbeiten zu einzelnen Themenkomplexen erforderlich.

Frage 2: Wann wird das Gutachten dem Rat zur Verfügung gestellt?

Antwort:

Die Verträglichkeitsstudie wird, sobald die endgültige Fassung erarbeitet ist, in den Beratungsgang eingebracht.

Frage 3: Ist es richtig, dass IKEA sich verstärkt dafür einsetzt, den Anteil der Verkaufsfläche mit innenstadtrelevanten Artikeln bereits im Vorfeld über das gesetzlich zulässige Maß auszudehnen?

Antwort:

Die Firma IKEA hat eine Sortimentsliste mit Warengruppenbezeichnungen gem. Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik vorgelegt.

Für das Vorhaben und die damit verbundene notwendige Änderung des Flächennutzungsplanes gelten in diesem Zusammenhang die Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms, ergänzt um die Ausführungen des Einzelhandelserlasses NW.

Nur wenn diese Vorgaben unter Berücksichtigung der oberzentralen Funktion Siegens eingehalten werden, ist die erforderliche landesplanerische Abstimmung zu erreichen.

Frage 4: Wird seitens der Verwaltung zugesichert, dass bei Realisierung des IKEA-Projektes die Einhaltung der gesetzlichen Einschränkung auf 10 % überwacht wird?

Antwort:

Wenn es, wie im Übrigen auch in allen anderen Fällen, einen begründeten Verdacht geben sollte, dass Vorgaben und Beschränkungen des Bebauungsplanes bzw. der einzelnen Baugenehmigung nicht eingehalten werden, sind Maßnahmen des Bauordnungsrechtes nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen.

3.3. Immobilienangebote der Stadt Siegen

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.12.2002

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage:

In Bezug auf eine aktuelle Anfrage aus der Bürgerschaft bitte ich höflich um Auskunft, welche Immobilien der Stadt Siegen derzeit zum Verkauf anstehen und welche Kaufpreisvorstellung diesen Gebäuden zugrunde liegt?

Antwort:

Zum Verkauf stehen derzeit lediglich die beiden folgenden Wohngebäude:

- Ferndorfstraße 12 im Stadtteil Weidenau,
- Friedrich-Wilhelm-Straße 31 in der Gemarkung Siegen,
- Die Kaufpreisvorstellungen werden auf Einzelanfragen v. Interessenten mitgeteilt.

Außerdem stehen in diesem Jahr Baugrundstücke für Einfamilienhäuser (Einzel- oder Doppelhaus) in folgenden Gebieten zum Verkauf an:

- Baugebiet Wiedthal im Stadtteil Eiserfeld etwa 7 – 10 Grundstücke in einer Gesamtgröße von ca. 5.300 m²
- Baugebiet Stimmerweg im Stadtteil Eisern, 3 – 4 Grundstücke in Größe zwischen ca. 550 m² und 800 m².

Die städtische Wirtschaftsförderung bietet folgende Gewerbeflächen aus dem Eigentum der Stadt Siegen zum Kauf an:

Gewerbegebiet Fludersbach/Seilereiweg, ca. 10.000 qm	- 41 €/qm
Gewerbefläche in der Wehbach, Eiserfeld, ca. 5.000 qm	- 33 €/qm
Gewerbegebiet Schemscheid, Restfläche ca. 900 qm	- 51 €/qm

3.4. Turnhalle des Gymnasiums Am Löhrtor

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.12.2003

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage: Wie erklärt die Stadtverwaltung den Umstand, dass Wandfliesen bes. in den Duschräumen nur bis zur Höhe von ca. 1,8 Meter ab OK Fußboden gereinigt werden, darüber klebt der Schmutz aus den Vorjahren (vermutlich schon seit 25 Jahren)?

Antwort:
Die Reinigung der städtischen Gebäude beschränkt sich auf die Einhaltung notwendiger Standards. Neben der Einhaltung von Mindeststandards und wiederkehrenden Grundreinigungen werden auf Rückmeldungen hin Sonderreinigungen dort durchgeführt, wo der Verschmutzungsgrad überdurchschnittlich ist. Dies gilt auch für die Beseitigung von Verschmutzungen, die nur mit kostenträchtiger Aufstellung von Aufstiegshilfen (z.B. Gerüst u.ä.) oder durch Spezialgerät erfolgen kann.
Im Anschluss an eine Reinigungskontrolle der Abteilung Service im Dezember 2002 wurde von dort die Reinigung veranlasst. Anlässlich einer Anfang Januar 2003 durchgeführten Nachkontrolle wurden keine Beanstandungen mehr festgestellt.

Frage: Wann werden die großen Wanduhren instandgesetzt?

Antwort:
Eine Instandsetzung ist derzeit aufgrund anderer Prioritäten und dem geringen schulischen Nutzwert nicht vorgesehen. Auch für den außerschulischen Bereich gibt es keine nachvollziehbare Dringlichkeit, da die Halle mangels Zuschauerplätzen nicht in zeitabhängigen Wettkampfbetrieb eingebunden ist. Es ist davon auszugehen, dass in Verbindung mit anderen anstehenden Unterhaltungsmaßnahmen eine ersatzlose Demontage erfolgt.

Frage: Welche Abteilung/Fachbereich betreut diese Einrichtungen ?

Antwort:
Federführend für die Verwaltung der Einrichtungen ist die Schulverwaltung. Diese bedient sich in Teilbereichen der anderen städtischen Dienststellen, wobei unterschiedliche Abspracheformen bestehen. Beispielsweise wird der Bereich Reinigung

durch Abteilung 2/1-Service- und die Bauunterhaltung durch Abteilung 7/5 - Hochbau- sichergestellt.

Frage: Wie gestaltet sich die personelle Ausstattung dieser Abteilung?

Antwort:

Die Frage kann nur aufgabengebunden beantwortet werden. Eine pauschale Bezifferung nach Arbeitskräften ist nicht möglich bzw. nicht aussagekräftig.

3.5. Hallenbad am Löhrtor u. a.

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.12.2002

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

zu a) Schrankmünzen

Alle Schlösser für die Garderobenschränke in den Hallenbädern der Stadt Siegen sind überaltert. Es war nicht möglich - trotz umfangreicher und vielfältiger Bemühungen der Verwaltung - die Schlösser auf den Euro umzurüsten. Neuanschaffungen für mindestens 1000 Schrankschlösser sind nötig. In den meisten Fällen müssten bei einer Umrüstung auch die Schranktüren ausgewechselt werden. Die Kosten einer solchen Aktion würden sich auf ca. 60.000 € belaufen. Haushaltsmittel standen und stehen in dieser Größenordnung nicht zur Verfügung.

Als kostengünstige und kurzfristig realisierbare Übergangslösung ist ab 01.01.2002 eine Schrankwertmünze eingeführt worden, die zum Preis von 50 Cent an der Hallenbadkasse erhältlich ist. Diese Regelung führt zu einem zusätzlichen Aufwand an der Kasse. Die regelmäßigen Badbesucher bringen sich ihre einmal erworbene Schrankmünze immer wieder mit.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bäderkonzeptes ist die Einführung von automatisierten Zugangskontrollen für alle Hallenbäder geplant. Die angebotenen Systeme beinhalten die Möglichkeit, mit der am Automaten erworbenen Eintrittskarte das Garderobenschrankschloss zu bedienen. Mit der Einführung eines solchen Systems kann die Verwendung der übergangsweise eingeführten Schrankmünzen entfallen.

b) Duschräume im Hallenbad Löhrtor

Die Lüftungsanlage ist funktionsfähig. Von einer (dauerhaften) unzureichenden Lüftung ist nichts bekannt.

Die defekten Duscharmaturen sind bereits seit Monaten ausgetauscht worden. Eine Verzögerung der Instandsetzung hat sich dadurch ergeben, dass vorübergehend keine Haushaltsmittel für die laufende Bauunterhaltung der Bäder zur Verfügung gestanden haben.

3.6. Lärmbeeinträchtigungen im Bereich der Erddeponie auf dem Gelände der Sandhalde in Niederschelden

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.12.2002

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In dem angesprochenen Bereich sind in den Jahren 2000 und 2001 die beiden nachstehenden Betriebsgenehmigungen erteilt worden, welche eine hohe Verkehrsfrequenz hervorrufen:

- Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Behandlung von überwachungsbedürftigen Abfällen - Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz durch das staatliche Umweltamt Siegen;
- Rekultivierung der ehemaligen Deponie Niederschelden - Genehmigung nach dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen durch die Untere Abfallwirtschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein;

Die Überwachung und Durchsetzung der Auflagen hinsichtlich des Immissionsschutzes liegen in der Zuständigkeit der jeweiligen Genehmigungsbehörde.

Der Stadtverwaltung sind Beschwerden über die Verschmutzung der Zufahrtstraßen bekannt. Die erforderlichen Reinigungsmaßnahmen wurden und werden durch den Verursacher veranlasst. Straßenbautechnische Maßnahmen zur Verbesserung der Straßenverhältnisse sind bereits eingeleitet worden.

Die Abfallbehandlungsanlage wird von der Firma Gesell Containerdienst betrieben. Die Rekultivierungsmaßnahme wird von der "Baustoffaufbereitung Siegerland" (BAS) durchgeführt.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. Frühzeitige Information der von KAG-Beiträgen betroffenen Anwohner

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.01.2003

Herr Brune erläutert, dass das Verfahren bei KAG-Maßnahmen nicht gesetzlich vorgeschrieben ist und hinsichtlich Art und Umfang der Ausführung i. d. R. nur wenig Spielraum besteht. Die allgemeine Information der Bürgerinnen und Bürger über die Planungen erfolgt u. a. über die öffentliche Diskussion in den Ausschüssen und die Berichterstattung in den Medien. Darüber hinaus werden die betroffenen Anlieger ca. drei Monate vor dem Erlass der Beitragsbescheide umfassend unterrichtet.

Das Beispiel "Ausbau Brüderweg" zeigt die hinreichende Information der Öffentlichkeit, so Herr Schulte. Die Bürgerinnen und Bürger haben zudem grundsätzlich die Möglichkeit, ihre Fragen unmittelbar an die Verwaltung zu richten. Die CDU-Fraktion sieht keinen Anlass, die bisherige Praxis zu ändern.

Herr Kirchhöfer führt aus, dass erfahrungsgemäß häufig erst bei persönlicher Betroffenheit das Interesse an städtischen Planungen geweckt wird. Der Rat sollte die Diskussionen und Entscheidungen der politischen Gremien nicht in Frage stellen. Die Durchführung von Informationsveranstaltungen bei größeren Maßnahmen ist seines Erachtens sinnvoll und wird auch verwaltungsseitig zugesagt. Die Unterrichtung jedes Einzelnen führt aber zu einem unverhältnismäßigem Aufwand und unnötiger Bürokratie.

Herr Boller merkt an, dass offensichtlich die Medienberichterstattung nicht ausreicht. Intention des Antrages ist zudem, dass *vor Beginn* einer Maßnahme entsprechende Informationen erfolgen.

Bürgermeister Stötzel erkennt das Anliegen an, die Bürgerinnen und Bürger möglichst frühzeitig über städtische Planungen zu informieren. Die Unterrichtung jedes einzelnen Anliegers ist jedoch nicht handhabbar. Zudem ist frühestens nach Abschluss der Planungen, unter dem Vorbehalt des Ausschreibungsergebnisses, eine Aussage zur voraussichtlichen Höhe der Ausbaubeiträge möglich.

Herr Morgenschweis hält ein allgemein gehaltenes Informationsschreiben an die Anlieger für sinnvoll, um dem berechtigten Informationsbegehren Rechnung zu tragen.

Herr Groß betont, dass es seiner Fraktion nicht um eine frühzeitige Mitteilung über die konkreten Beiträge geht, sondern um eine bessere Information der Anlieger, da die Medienberichterstattung offensichtlich nicht jeden erreicht.

Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Schneider Schluss der Debatte.

- ◆ Dem Antrag wird mehrheitlich mit den Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Stv Morgenschweis zugestimmt.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren der Bürgerinnen und Bürger in Bauangelegenheiten werden mindestens dahingehend ergänzt, dass Beteiligte, die zur Zahlung von Beiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) herangezogen werden sollen, auf das Verfahren und die Planungen rechtzeitig schriftlich hingewiesen werden. Informiert werden sollen darüber hinaus auch alle unmittelbaren Anwohner, auch wenn sie nicht zur Zahlung von KAG-Beiträgen verpflichtet sind.

Ergebnis: Mehrheitlich dagegen (5 Stimmen dafür), 0 Enthaltungen

4.2. Einhaltung von Umweltstandards bei Vertragspartnern der Stadt Siegen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.01.2003

Herr Boller verweist auf die umfassende Antragsbegründung und betont, dass die Einflussmöglichkeiten der Stadt Siegen auf eine nachhaltige Entwicklung noch nicht ausgeschöpft sind.

Herr Brune führt aus, dass die Einhaltung der Leitlinie zur nachhaltigen Baubewirtschaftung entsprechend der Intention des Antrages bei den Firmen eingefordert wird. Der Vorschlag zur Erarbeitung eines Kriterienkataloges durch die Agenda-Arbeitsgruppen und Eine-Welt-Gruppen ist, falls der Rat dem zustimmt, in diesen Gremien zur Diskussion zu stellen.

Herr Baumeister ergänzt, dass das im Antrag genannte, von der WestLB mitfinanzierte Projekt seit Jahren kontrovers diskutiert wird und verschiedenste Stellungnahmen vorliegen. Die Verbindungen zwischen der Stadt Siegen und der WestLB beschränken sich auf die Abfrage von Kreditkonditionen und im Falle des günstigsten Angebotes auf die Annahme. Im Übrigen ist die Geschäftspolitik der WestLB nicht Angelegenheit der Stadt Siegen, sondern des Aufsichtsrates.

Herr Bertelmann, Herr Schulte, Herr Wunderlich und Herr Kirchhöfer sehen keine unmittelbare Zuständigkeit des Rates.

Herr Boller entgegnet, dass sich die geforderte Einhaltung ökologischer und sozialer Standards auf die Art der Produktion bei Vertragspartnern der Stadt bezieht und nicht auf die Lieferartikel. Seine Fraktion vertritt die Auffassung, dass nur mit einer öffentlichen Diskussion Veränderungen erreicht werden können.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die Stadt Siegen achtet bei Auftragsvergaben verstärkt auf die Einhaltung anerkannter ökologischer und sozialer Standards bei ihren Vertragspartnern.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Arbeitsgruppen zur lokalen Agenda 21 und den Eine-Welt-Gruppen in Siegen einen entsprechenden Kriterienkatalog zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

In Umsetzung des Beschlusses zu Punkt 1 schließt die Stadt Siegen keine weiteren Verträge mit der WestLB, solange die Einhaltung der Umweltstandards der Weltbank nicht bei allen Projekten der WestLB gesichert ist.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (4 Stimmen dafür), 1 Enthaltung

4.3. Alternative Standorte für eine Müllumladestation

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.01.2003

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt die Auffassung, so Frau Strunk, dass eine alternative Zufahrt wirtschaftlich zu aufwändig und nicht zeitnah zu realisieren ist. Daher sollten auch alternative Standorte, zumindest für die Umladestation, in die Überlegungen einbezogen werden. Um eine Verlagerung von Betriebsteilen beurteilen zu können, sind detaillierte Verkehrsdaten vorzulegen.

Herr Brune merkt an, dass der Kreis Siegen-Wittgenstein primär andere Zufahrtsmöglichkeiten untersucht, da diese geringeren Kosten realisiert werden könnten. Erst wenn diesbezüglich keine Lösung ergibt, wäre mittelfristig ein anderer Standort für eine Verladestation zu prüfen. Zu den beiden genannten Standorten ist anzumerken, dass der Bereich Leimbachtal für eine gewerbliche Nutzung vorgesehen ist. Der Standort Rinsenau ist auf Grund der Nähe zur Wohnbebauung mit erheblichen Problemen behaftet.

Herr Schulte bezweifelt, dass der Flächenbedarf am Standort Rinsenau abgedeckt werden kann. Darüber hinaus sieht er erhebliche Beeinträchtigungen des Wohnquartiers Dreisbach durch Lärm- und Geruchsimmissionen. Der Vorschlag ist daher ungeeignet.

Für Frau Gaden ist ein Alternativstandort unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten schwer darstellbar. Ziel sollte sein, die Belastung in der Fludersbach durch eine zweite Zufahrt zu reduzieren. Eine neue Verkehrszählung ist nicht erforderlich.

Herr Bertelmann führt aus, dass für die zukünftige Müllentsorgung eine möglichst wenig belastende Erschließung angestrebt werden sollte. Der Vorschlag, Überlegungen zu anderen, geeigneten Flächen anzustellen, ist vom Grundsatz her zu befürworten. Diese sollten aber nur dann vertieft werden, wenn eine alternative Zufahrt nicht realisiert werden kann. Dafür ist zunächst das Ergebnis der Prüfung abzuwarten, bevor konkrete Standorte in die Diskussion gebracht werden. Im Hinblick auf die Verkehrsbelastung in der Fludersbach hält er eine differenzierte Betrachtung der Müllumladestation einerseits und der Sortieranlage und der Gewerbebetriebe in der Fludersbach andererseits auf der Grundlage einer aktuellen Verkehrszählung für erforderlich. Er persönlich erwartet keine wesentliche Entlastung des Bereiches durch eine zweite Erschließung.

Nach Auffassung von Herr Schiemer ist die Diskussion über alternative Standorte zum jetzigen Zeitpunkt kontraproduktiv. Zum einen fehlen für eine Beurteilung die notwendigen Daten, zum anderen wurden bereits Untersuchungsaufträge erteilt.

Herr Boller entgegnet, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Lösung in Form einer zweiten Zufahrt und darüber hinaus eine teilweise Verlagerung erwartet. Die Probleme am Standort Dreisbach werden nicht verkannt, sollten aber genau betrachtet werden. Die geplante Nutzung des Geländes an der Leimbachstraße könnte,

unabhängig von der Errichtung einer Müllverladestation, zu einer Lösung der Gewerbeflächenproblematik beitragen. Der aktuelle Stand der Planungen ist jedoch nicht bekannt.

Er erklärt sich damit einverstanden, die konkreten Standortvorschläge aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Zur Geschäftsordnung beantragt Frau Moll Schluss der Debatte.

Herr Kirchhöfer stellt den weitergehenden Antrag auf Übergang zur Tagesordnung mit dem Hinweis auf die bestehenden Beschlüsse in der Sache.

- ◆ Der Rat der Stadt Siegen stimmt mehrheitlich mit den Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Stv Morgenschweis sowie zwei Enthaltungen dem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung zu.

4.4. Baustopp der Maßnahme "Bürgerpark Numbach"

Antrag der UWG-Fraktion vom 01.02.2003 (Tischvorlage)

Herr Bertelmann verweist zur Begründung ergänzend auf die fehlenden Parkplätze für das Berufskolleg und die Belastung in den Wohnquartieren hin. Ein Ausgleich über den ÖPNV - wie z. B. mit dem Semesterticket der Uni - konnte mit den VWS bisher nicht erreicht werden. Die Umsetzung der Maßnahme ist nach Auffassung der UWG-Fraktion aus diesen Gründen und angesichts der Haushaltslage zum jetzigen Zeitpunkt nicht angemessen.

Falls der Antrag abgelehnt werden sollte schlägt er hilfsweise vor, die Verwaltung zu beauftragen, Ersatzparkplätze, z. B. auf einer Teilfläche des Busbereitstellungsplatzes, zur Verfügung zu stellen. Der Kreis Siegen-Wittgenstein sollte aufgefordert werden, mit den VWS eine Verbesserung bezüglich des ÖPNV zu erreichen.

Herr Brune verweist auf die bereits erteilten Aufträge und die Rechtsansprüche im Falle einer Nichterfüllung der Verträge bzw. Verschiebung des Baubeginns. Über Ersatzparkplätze wurde mehrfach und ausführlich diskutiert. Eine Nutzung des provisorischen Busbereitstellungsplatzes ist nicht möglich.

Bürgermeister Stötzel ergänzt, dass der Stadt Siegen bei der Neugestaltung der Fläche Ökopunkte für Ausgleichsmaßnahmen gutgeschrieben werden.

Herr Schulte lehnt den Antrag ab mit dem Hinweis, dass der Bereich nunmehr mit einem verhältnismäßig geringen finanziellen Aufwand umgestaltet werden kann und zudem günstige Ausschreibungsergebnisse erreicht wurden. Die Schulen sind frühzeitig auf die Sperrung des Parkplatzes hingewiesen worden.

Herr Schneider weist auf die massiven Beschwerden der Anwohner über den Parksuchverkehr hin. Er hält es für sinnvoll, den *Baubeginn zurückzustellen*, bis Ersatz-

parkplätze unter der HTS zur Verfügung stehen und die Bauarbeiten an der Berufsschule abgeschlossen sind.

Im Hinblick auf den langen Zeitraum seit dem Abzug der belgischen Streitkräfte und der Entscheidung über die Umgestaltung der Fläche sieht Herr Boller keine Veranlassung, die Baumaßnahme zu stoppen.

Herr Bertelmann ist mit der Umformulierung des Antrages dahingehend einverstanden, dass die Umsetzung *ausgesetzt* wird.

Beschluss (über den Antrag der UWG-Fraktion):

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Durchführung der Baumaßnahme "Bürgerpark Numbach" auszusetzen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (20 Stimmen dafür - SPD, UWG),
1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)**

5. Durchführung von Einwohnerversammlungen

Vorlagenr. 2475/2003 - Vorlage vom 21.01.2003

Herr Kirchhöfer bemängelt, dass keine Themen aufgeführt sind. Er hält es für sinnvoller, eine Festlegung für einen überschaubaren Zeitraum mit konkreten Tagesordnungspunkten vorzunehmen.

Bürgermeister Stötzel führt aus, dass mit der Vorlage zunächst die Absicht bekundet werden soll, in der laufenden Legislaturperiode möglichst in allen Stadtteilen Einwohnerversammlungen durchzuführen. Die Termine und Tagesordnungen werden sich an dem Informationsbedarf orientieren und dem Rat in jedem Einzelfall vorgelegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Durchführung von Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen

- Birlenbach
- Bürbach
- Dillnhütten
- Gosenbach
- Langenholdinghausen/Meiswinkel
- Obersetzen/Niedersetzen
- Siegen-Mitte
- Sohlbach/Buchen
- Weidenau

und beauftragt den Bürgermeister mit der Durchführung der Veranstaltungen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnungspunkte der einzelnen Einwohnerversammlungen werden dem Rat vorab zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 8 Enthaltungen

6. Parkraumbewirtschaftung in Siegen, Stellplatzablösesatzung

Vorlagenr. 2452/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die **Neueinteilung der Gebietszonen** für die Stellplatzablösesatzung für das Stadtgebiet Siegen und
2. die **Neufassung der Stellplatzablösesatzung** gemäß der der Vorlage beige-fügten Anlage 1.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltungen

7. Kommunalwahl 2004 - Bildung des Wahlausschusses -

Vorlagenr. 2472/2003 - Vorlage vom 16.01.2003

Herr Boller erklärt, dass die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der UWG-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion sowie der Stadtverordnete Morgenschweis eine Zählgemeinschaft bilden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind anwesend:

CDU-Fraktion	24
SPD-Fraktion	16
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4
UWG-Fraktion	4
Stv Morgenschweis	1

Die Sitzverteilung ergibt sich danach wie folgt:

CDU-Fraktion	5 Sitze
SPD-Fraktion	3 Sitze
Zählgemeinschaft	2 Sitze

Die Mitglieder des Wahlausschusses (einschließlich Vertretung) werden entsprechend der nachstehenden Auflistung benannt.

Beschluss:

1. Für die Kommunalwahl 2004 wird ein Wahlausschuss mit 10 Beisitzern gebildet.
2. Der Rat der Stadt Siegen wählt folgende Personen in den Wahlausschuss:
 1. Mues, Steffen Vertreter/in Ferger, Bernd-Dieter (s. B.)
 2. Schmidt, André Vertreter/in Dreisbach, Jürgen
 3. Moll, Ilona Vertreter/in Heupel, Rüdiger
 4. Rothenpieler, Wilhelm Vertreter/in Wunderlich, Horst
 5. Schulte, Werner Vertreter/in Schiemer, Hansgeorg
 6. Schneider, Manfred Vertreter/in Köhl, Siegfried
 7. Lauble, Wilhelm Vertreter/in Eberlein, Klaus-Peter
 8. Gaden, Helga Vertreter/in Dr. Stötzel, Wolfgang
 9. Spies, Hartmut (s. B.) Vertreter/in Walter, Klaus-Volker
 10. Klauser, Raimund (s. B.) Vertreter/in Söhler, Petra (s. B.)

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Mietanpassung für die Nutzung des Hüttensaales in der Siegerlandhalle nach erfolgter Modernisierung

Vorlagennr. 2399/2002 und 2399/2002 A

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassung entsprechend den in den Verwaltungsvorlagen Nr. 2399/2002 und 2399/2002 A genannten Konditionen mit Wirkung ab 01.01.2003.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. **Wegeeinziehung in der Stadt Siegen;
Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche
Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. A-
chenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der
Bismarckstraße)**

Vorlagennr. 2222/2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028/SGV NRW 91) die Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. Achenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der Bismarckstraße).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. **Ausschussneubesetzungen**

- 10.1. **Ausschussneubesetzung
hier: Ausländerbeirat, Ausschuss für Personal, Organisation und Frau-
engleichstellung, Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen
und Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid**

Vorlagennr. 2481/2003

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

1. in den Ausländerbeirat

Frau Katrin Dittert (Stv) als stellvertretendes beratendes Mitglied

2. in den Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung

Herrn Heinz Müller (Stv) als ordentliches Mitglied

3. in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Herrn Marc Klein (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

5. in den Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid

Herrn Guido Bingener (s. B.) als ordentliches Mitglied,
Herrn Jürgen Werner (s. B.) als stellvertretendes Mitglied
Herrn Hendrik Menne (s. B.) als stellvertretendes Mitglied und
Herrn Matthias Bock (s. B.) als stellvertretendes Mitglied.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10.2. Ausschussneubesetzung

**hier: Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung,
Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen**

Vorlagenr. 2490/2003

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

in den Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung:

Herrn Detlef Rujanski (Stv) als ordentliches Mitglied

in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Frau Marianne Wolf (Stv) als ordentliches Mitglied und Herr Heinrich Gerlach (Stv)
als stellvertretendes Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen